

Wirtschaftliche Sozialhilfe kostet mehr

Krankenkassenprämien treiben Ausgaben für das Jahr 1998 in die Höhe

Die für 1998 budgetierten Aufwendungen des Landes in Höhe von 2,6 Mio. Franken für die wirtschaftliche Sozialhilfe reichen nicht aus. Die Regierung hat daher beim Landtag einen Nachtragskredit beantragt. Kostentreibender Faktor waren vor allem die höheren Krankenkassenprämien, die immer mehr Menschen zu schaffen machen.

Im Jahr 1997 beliefen sich die Ausgaben für die wirtschaftliche Sozialhilfe, die je zur Hälfte vom Land und den Gemeinden getragen werden, auf 2,764 Mio. Franken. Nach Abzug der Aufwendungen für Schweizer Bürger, die vollumfänglich rückvergütet werden, resultierten noch Kosten von 2,448 Mio. Franken. Für das Jahr 1998 ergeben sich nun bereits Kosten von 2,916 Mio. Franken (ohne Berücksichtigung der schweizerischen Bezugspersonen). Im Vorjahresvergleich entspricht dies einer Zunahme von knapp einer halben Mio. Franken bzw. einem Wachstum von 19,1 Prozent.

Steigende Klientenzahl

Kostensteigernd wirkte sich 1998 insbesondere die Erhöhung der Krankenkassenprämien (rund 20 Prozent) aus, unter der auch sonst immer mehr Menschen zu leiden haben. Nach der Ablehnung der FBPL-Krankenkasseninitiative liegt der Ball jetzt bei der Regierung, die erst durch die Initiative aus ihrer Lethargie gerüttelt wurde und

nun gefordert ist, ihre Vorschläge endlich auf den Tisch zu bringen.

Grundsätzlich sei festzustellen, bemerkt die Regierung zu den höheren Aufwendungen für die wirtschaftliche Sozialhilfe, dass die Klientenzahl tendenziell steigend sei und sich insbesondere die Dauer der finanziellen Unterstützung verlängert habe. Rund zwei Drittel der Klienten benötigten Unterstützung für mehr als sechs Monate. Zum Kostenanstieg haben gemäss Regierungsbericht schliesslich noch die Aufwendungen für durchreisende ausländische Verunfallte und Kranke, die nicht mehr einbringbar sind, und die Hilfeleistungen für Flüchtlingsfamilien mit Aufenthaltsbewilligung beigetragen.

Mehr Hilflosengelder

Die vierte Sammelvorlage mit Nachtragskrediten, die der Landtag nächste Woche genehmigen soll, weist im übrigen für 1998 auch bei den Zusatzleistungen zur AHV-IV Mehrausgaben aus. Während die Ergänzungsleistungen mit knapp 5,8 Mio. Franken noch im Rahmen der Erwartungen liegen, sind die Hilflosenentschädigungen auf 3 Mio. Franken und damit deutlich stärker als erwartet angestiegen. Die genauen Gründe für diesen überdurchschnittlichen Anstieg würden erst nach Auswertung der Jahresrechnung der AHV zu den übertragenen Aufgaben vorliegen, schreibt die Regierung.

Manfred Öhri